

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Januar 1969
am Donnerstag, dem 23. Januar 1969
am Freitag, dem 24. Januar 1969

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

1. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz) Wie hoch bemißt die Bundesregierung die Gesamteinnahmen in DM der „DDR“ im Jahresdurchschnitt auf Grund der ab Beginn des Jahres 1969 geltenden neuen Bestimmungen hinsichtlich der Warenein- und -ausfuhr genehmigungsgebühren (Zoll) bei grenzüberschreitendem Reiseverkehr unter Hinzurechnung der durch das Ulbricht-Regime willkürlich festgesetzten Visagebühren (110 Millionen DM im Jahr?) und der in zwei Raten ohne Rechtsgrund freiwillig am 31. Dezember 1968 gezahlten bzw. am 31. Dezember 1969 zu zahlenden 120 Millionen DM durch die Bundesregierung an die „DDR“?
2. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) Treffen Meldungen zu, wonach in zahlreichen Fällen von Ostberliner Behörden die Ausreisegenehmigungen für mitteldeutsche Rentner zu Verwandtenbesuchen in der Bundesrepublik Deutschland versagt werden, wenn diese Verwandten im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland eine bekannte Stellung einnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

3. Abgeordneter
Strohmayer Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß die in Frage 8 erwähnten Zumutungen an einen privaten Grundbesitzer nicht auch auf den Bund Anwendung finden können?
4. Abgeordneter
Strohmayer Entspricht bei Bestätigung zur Frage 3 die Auffassung der Bundesregierung dem Bundesbaugesetz?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

5. Abgeordneter **Wächter** Ist in der Gesetzgebung insbesondere in den Immissionsschutzgesetzen und den Höchstmengenverordnungen auf Blei als gesundheits-schädigender Bestandteil Rücksicht genommen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

6. Abgeordneter **Reichmann** Sind Berichte und Veröffentlichungen zutreffend, wonach die USA an Israel Phantom-Düsenjäger zum Stückpreis von 16 Millionen DM liefert?
7. Abgeordneter **Reichmann** Aus welchem Grund bezahlt die Bundesregierung für dieselbe Maschine angeblich 23 Millionen DM?
8. Abgeordneter **Strohmayer** Ist es richtig, daß die Oberfinanzdirektionen von der Bundesregierung angewiesen worden sind, bei Anhörverfahren zu neu aufgestellten Flächennutzungsplänen Einsprüche zu erheben, auch wenn bundeseigene Grundstücke, die in die genannten Pläne einbezogen wurden, schon seit Jahren keinerlei Nutzung von seiten des Bundes oder der Bundeswehr zu-geführt worden sind?
9. Abgeordneter **Josten** Wieweit sind die Entscheidungen über eine einheitliche Uniform für die einzelnen Trup-pengattungen getroffen?
10. Abgeordneter **Jung** Gegen wie viele Angehörige des Bundesver-teidigungsministeriums schweben Untersu-chungen des ES-Referates wegen Korruptions-verdachts?
11. Abgeordneter **Jung** Treffen Informationen zu, wonach die Unter-suchung gegen einen Beamten der Beschaff-ungsstelle bereits seit zehn Jahren betrieben wird?
12. Abgeordneter **Jung** Nach welchen Gesichtspunkten kann eine Un-tersuchung über Jahre geführt werden, ohne daß über Einstellung oder Abgabe an die Straf-verfolgungsbehörden entschieden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

13. Abgeordneter **Dr. Giuliani** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Taxifahrer die gesetzlich eingeführte Trenn-scheibe als unzumutbar und unbrauchbar bezeichnen?

14. Abgeordneter
Dr. Giuliani Was beabsichtigt die Bundesregierung daraus für Konsequenzen zu ziehen, wenn dies zutreffen sollte?
15. Abgeordneter
Bühler Bis wann ist mit dem Baubeginn der „zollfreien Straße“ zwischen Weil (Rhein) und Lörrach zu rechnen?
16. Abgeordneter
Dorn Wieviel Pläne und Projekte über Möglichkeiten einer Veränderung der Bundesbahntrasse im Stadtgebiet von Bonn hat das Bundesverkehrsministerium in den letzten Jahren von eigenen Beamten und unter Beteiligung der Deutschen Bundesbahn sowie der Stadt Bonn ausarbeiten lassen?
17. Abgeordneter
Dorn Ist die Bundesregierung meiner Meinung, daß der Kabinettsbeschluß vom 30. Juni 1965 über Zuschüsse zu den Kosten, die durch die Absenkung der Fernstrecke der Deutschen Bundesbahn in Bonn entstehen, auf der Erkenntnis beruhte, daß die Tieflegung der Gleisanlagen sowohl aus städtebaulichen als auch aus verkehrstechnischen Gründen die beste Lösung sei?
18. Abgeordneter
Kubitza Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Deutsche Bundesbahn den ganzen Personenverkehr im Raum der drei Städte Lohr, Markt-Heidenfeld und Wertheim von der Schiene auf die Straße verlagern will, wo sich doch auf der anderen Seite gerade die Bundesregierung sogar mit gesetzlichem Zwang darum bemüht, möglichst viel Verkehr von der Straße wegzunehmen und auf die Schiene zurückzuholen?
19. Abgeordneter
Kubitza Ist der Bundesregierung bekannt, ob und um wieviel billiger es ist, wenn der letzte Zug Aschaffenburg — Gemünden (Triebwagen mit Ein-Mann-Besetzung) am Abend auf einer ständig in Betrieb befindlichen Durchgangsstrecke der Deutschen Bundesbahn durch einen Bus ersetzt wird?
20. Abgeordneter
Kubitza Weshalb wird die Straßenverkehrs-Ordnung nicht dahin gehend geändert, daß Lastzüge, die am Dreikönigstag aus Nord- und Westdeutschland über die Autobahn in den Süden fahren, nicht in Bayern und Baden-Württemberg stehenbleiben müssen, bis der Feiertag vorbei ist, und umgekehrt z. B. am Buß- und Betttag ein Lastzug auf der Fahrt von Bayern ins Saarland die hessischen Autobahnen umgehen muß, wenn er nicht einen Tag lang festgehalten werden will?
21. Abgeordneter
Damm Ist die Bundesregierung bereit, die ständige starke Lärmbelästigung eines großen Teiles der Hamburger Bevölkerung durch Flugzeuge,

die den Flughafen Fuhlsbüttel anfliegen, dadurch zu vermindern, daß sie dem sofortigen Einbau einer ILS-Anlage in die Startbahn II des Flughafens Fuhlsbüttel zustimmt, wenn der Hamburger Senat diese Anlage vorfinanziert, so daß bei schlechtem Wetter der Landeanflug über nichtstädtisches Gebiet erfolgen kann?

22. Abgeordneter
Ramms Zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundesregierung, die für 1970 in neuen Fahrzeugen vorgesehene Warnblinkleuchte (gelb/dunkel oder gelb/rot) in in Betrieb befindlichen Fahrzeugen einzuführen?
23. Abgeordneter
Ramms Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen der Behauptung in der Werbezeitschrift „contra“ des Bundesverkehrsministers die Deutsche Bundesbahn nicht in der Lage war, die angeforderten Waggons fristgerecht zu stellen?
24. Abgeordneter
Ramms Ist die Bundesregierung der Meinung, daß in dem Augenblick, wo der Güterfernverkehr den einen Pfennig pro Tonne und Kilometer der Verladerschaft nicht berechnen muß, das Ziel, die Güter von der Straße auf die Schiene umzulenken, noch zu erreichen ist?
25. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) In welcher Weise ist das ungarische und tschechoslowakische Begehren, auf der Donau-Strecke zwischen Rajka und Gönyü für durchfahrende Schiffe eine besondere Schiffsabgabe zu erheben, im Hinblick auf das Belgrader Donauabkommen von 1948 und die Beschlüsse der Donaukommission von 1950 behandelt worden?
26. Abgeordneter
Weiland Was hat die Bundesregierung veranlaßt, ihre ursprüngliche Absicht, der vollen Weiterwälzung der Straßengüterverkehrssteuer, wie sie in der Begründung zur Drucksache V/2494 Teil II unter 1. zum Ausdruck kommt, und wie sie der Bundesverkehrsminister in seinen Ausführungen in der 332. Sitzung des Bundesrates als notwendig für die Umverlagerung von Gütern von der Straße auf die Schiene bezeichnet hat, fallenzulassen?
27. Abgeordneter
Weiland Wie stellt sich die Bundesregierung nach der Tarifentscheidung vom 19. Dezember 1968 über die Weiterwälzung der Straßengüterverkehrssteuer die im Verkehrspolitischen Programm geforderten Umlagerungseffekte von der Straße auf die Schiene vor?
28. Abgeordneter
Weiland Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die neu geschaffenen unterschiedlichen Margen bei den Beförderungsentgelten zu Konzentrationerscheinungen im Straßengüterverkehrsgewerbe führen werden, ohne die Gesamtkapazität zu ändern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

- | | | |
|---|---|--|
| 29. Abgeordneter Kiep | Ist die Bundesregierung bereit, bei der Planung einer im Raume Frankfurt (Main) vorgesehenen unterirdischen Fernmeldestation insbesondere strukturpolitische Auswirkungen zu berücksichtigen? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 30. Abgeordneter Kiep | Bei Bejahung der Frage 29: Glaubt die Bundesregierung, durch den Bau einer solchen Anlage im Kur- und Erholungszentrum Königstein (Taunus) einen positiven strukturpolitischen Effekt zu erzielen? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 31. Abgeordneter Kiep | Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß es aus strukturpolitischen Gesichtspunkten sinnvoller wäre, die Station an einen anderen Platz zu verlegen, etwa in das Bundesausbaugbiet Oberlahnkreis, wo es insbesondere durch die umfangreichen Bauarbeiten zu einem verstärkten Angebot industrieller Arbeitsplätze kommen könnte? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 32. Abgeordneter Dr. Enders | Nach welchen Kriterien gewährt die Deutsche Bundespost Befreiung von der Fernseh- und Rundfunkgebühr? | |
| 33. Abgeordneter Dr. Enders | Wieviel Anträgen auf Befreiung von der Fernseh- und Rundfunkgebühr wurde bisher entsprochen? | |
| 34. Abgeordneter Dr. Enders | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Anträge für die Befreiung von der Fernseh- und Rundfunkgebühr ausgegeben werden, die zur Befürwortung an die Fürsorgestelle und an den Bezirksfürsorgeverband gerichtet werden müssen? | |
| 35. Abgeordneter Geldner | Wie kommt es, daß die Bundesrepublik Deutschland, die zu den wirtschaftlich stärksten Ländern zählt, mit 17 Sprechstellen auf 100 Einwohner mit ihrem Fernsprechnetze erst an 16. Stelle in der Welt steht? | |
| 36. Abgeordneter Hörmann (Freiburg) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fachleute der Rundfunk- und Fernsehtechnik in Freiburg, daß die Errichtung eines neuen Fernsehsenders auf dem Schönberg die Umrüstung von rund 60 000 Fernsehantennen in den Kreisen Freiburg (Stadt und Land, Emmendingen und Müllheim) zur Folge hat, weil der bisherige Kaiserstuhl-Sender (K 58) künftig das Dritte Programm ausstrahlen soll? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 37. Abgeordneter Hörmann (Freiburg) | Ist der einwandfreie Empfang des Ersten Programms in allen Teilen des Einzugsbereiches des Senders K 58 auch nach der Umstellung gewährleistet? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |

- | | | |
|---|---|--|
| 38. Abgeordneter Hörmann (Freiburg) | Wie beurteilt die Bundesregierung die entsprechenden Vorschläge der Fachleute der Rundfunk- und Fernsehtechnik zur Behebung der zu erwartenden Schwierigkeiten? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
|---|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wissenschaftliche Forschung**

- | | |
|--|--|
| 39. Abgeordneter Dr. Bechert (Gau-Algesheim) | Wird die Bundesregierung in einer Rechtsverordnung nicht nur die Herstellung und den Verkauf von Uhren mit radioaktiven Leuchtfarben verbieten, die als Spielzeug für Kinder gedacht sind, wie das im Ratsbeschuß der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom 19. Juli 1966 empfohlen wird, sondern allgemein die Herstellung und den Verkauf von Spielwaren verbieten, auf denen radioaktive Leuchtfarben angebracht sind? |
| 40. Abgeordneter Dr. Müller (München) | Welche Folgen für die Bundesrepublik Deutschland hätte eine längere Schließung von Universitäten? |
| 41. Abgeordnete Frau Geisendörfer | Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung nach den Ergebnissen der Ministerratssitzung am 20. Dezember 1968 in Brüssel für die deutsche Beteiligung am Programm von Euratom zu ziehen? |
| 42. Abgeordnete Frau Geisendörfer | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, im Hinblick auf die deutschen Mitarbeiter in Euratom-Forschungsstätten, vor allem in Ispra? |
| 43. Abgeordnete Frau Dr. Maxsein | Mit Bezug auf die in der 200. Sitzung am 29. November 1968 gegebene schriftliche Auskunft der Bundesregierung über ihre Pläne hinsichtlich des am 1. Januar 1970 in Kraft tretenden neuen Intelsat-Abkommens frage ich, ob die Bundesregierung mit mir der Meinung ist, daß eine Änderung der Funktion von Intelsat unumgänglich ist, d. h., daß Intelsat die Aufgabe der Koordination und Harmonisierung übernimmt, während die zu errichtenden regionalen Nachrichtensatellitensysteme von regionalen Konsortien, die Eigentümer sind, zu betreiben wären? |
| 44. Abgeordnete Frau Dr. Maxsein | Sind der Bundesregierung französische Pressemeldungen bekannt, wonach die USA bereit sein sollen, ihren Anteil an Intelsat auf 40% zu reduzieren und gleichzeitig den britischen auf 12% zu erhöhen? |

45. Abgeordnete
**Frau
Dr. Maxsein** Mit Bezug auf die mir von der Bundesregierung am 29. November 1968 gegebene Auskunft, die Bundesregierung verfolge das Ziel, die Errichtung und den Betrieb von selbständigen Regionalsystemen zuzulassen, frage ich, ob sich unter Umständen die Frage der weiteren Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in Intelsat stellen kann, wenn sich die Vorstellungen der Bundesregierung als nicht realisierbar erweisen?
46. Abgeordneter
Westphal Führt die Bundesregierung bereits Verhandlungen mit den Ländern über das Verfahren der Vergabe von Promotionsstipendien, nachdem dafür 1969 erstmals Mittel in die Haushalte von Bund und Ländern eingesetzt werden?
47. Abgeordneter
Westphal Stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, daß die Promotionsstipendien nicht nur direkt über die Universitäten, sondern zu einem angemessenen Anteil auch über die Hochbegabten-Förderungswerke zur Verteilung gelangen sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

48. Abgeordnete
Frau Blohm Ist es richtig, daß die Bundesregierung die im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde beschlossene Nahrungsmittelhilfe an die Entwicklungsländer nationalstaatlich statt über die Europäischen Gemeinschaften verteilen will?
49. Abgeordnete
Frau Freyh Wie ist der Stand der Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der Zusammenfassung der Entwicklungshilfemaßnahmen auf dem Gebiet der technischen Hilfe?
50. Abgeordnete
Frau Freyh Wann beabsichtigt die Bundesregierung eine Kabinettsentscheidung über die Zusammenfassung der technischen Hilfe in einer neuen Behörde herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

51. Abgeordneter
**Dr. Bechert
(Gau-
Algesheim)** Trifft es zu, daß in der früheren Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz die Texte von Reden Hitlers so aufbewahrt werden, daß diese Dokumente einer schlimmen Zeit für die Auswertung allmählich unbrauchbar werden?

52. Abgeordneter
Dr. Bechert
(Gau-
Algesheim)
- Trifft es zu, daß für die Auswertung dieser Reden, die als Material für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wichtig sein können, bisher wenig getan worden ist, und dies auch in der nächsten Zeit so bleiben wird?
53. Abgeordneter
Dorn
- Auf welche Tatsachen oder Erklärungen stützt sich die Meinung der Bundesregierung, „daß es möglich sein wird, Wege und Mittel zu finden, durch die Sportveranstaltungen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland sich abwickeln lassen, ohne deshalb in Kauf nehmen zu müssen, daß die Symbole eines sogenannten zweiten deutschen Staates überall gezeigt werden“?
54. Abgeordneter
Dr. Müller
(München)
- Hält die Bundesregierung die Durchführung von Vorlesungsstreiks durch Professoren als Abwehrmaßnahme gegen Terroraktionen für vereinbar mit dem Beamtenrecht?
55. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Altersversorgung der Angestellten des öffentlichen Dienstes, die keinen Anspruch auf Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, auch nach der Änderung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder noch immer nicht wirklich sozial gelöst ist?
56. Abgeordnete
Frau Freyh
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die künftige Form der Finanzierung der Studentenförderung nach dem Honnefer Modell?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

57. Abgeordnete
Frau Blohm
- Welchen Stand haben die Vorarbeiten für die rechtliche Gestaltung einer einheitlichen europäischen Handelsgesellschaft?
58. Abgeordneter
Dr. Frerichs
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu der durch die Fragebogenaktion der Kommission angesprochenen Vereinheitlichung des Rechts gegen den unlauteren Wettbewerb in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft?
59. Abgeordneter
Dr. Frerichs
- Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um zu verhindern, daß die im Zuge der Harmonisierung erforderlichen Kompromisse das fortschrittliche deutsche Wettbewerbsrecht verwässern?

60. Abgeordneter
Dr. Frerichs
- Ist die Bundesregierung bereit, einer beabsichtigten Regelung der EWG-Vereinheitlichung durch Richtlinien nach Artikel 100 des EWG-Vertrages wegen der geringen nationalen Möglichkeiten einer Einflußnahme zu widersprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

61. Abgeordneter
Dröscher
- Ist die Bundesregierung bereit, die Bestimmungen über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen entsprechend der agrarpolitischen Entwicklung (wie sie sich aus dem Agrarprogramm der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaften ergibt) zu überprüfen und mit dem Ziel zu verändern, daß die pauschalen Sätze erheblich gesenkt werden?
62. Abgeordneter⁴
Fellermaier
- Hat die vom Gesetzgeber mit der Novelle zum Gesetz über das Branntweinmonopol aus 1965 beschlossene Förderung von Obstgemeinschaftsbrennereien nach den Erfahrungen der Bundesregierung zu einem Abbau der jährlichen Obstschwemme geführt?
63. Abgeordneter
Fellermaier
- Wieviele Obstgemeinschaftsbrennereien machen von den Vergünstigungen der Novelle zum Gesetz über das Branntweinmonopol bisher Gebrauch?
64. Abgeordneter
Fellermaier
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeit, zusätzliche Anreize zur Bildung von Obstgemeinschaftsbrennereien zur Verwertung überschüssiger Obsterträge zu geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter
Orgaß
- Warum hat die Bundesregierung im Herbst vergangenen Jahres in der internationalen Zahlungsbilanzkrise nicht vor der Konferenz der Zehn in Bonn eine Koordination im Rahmen der EWG gesucht?
66. Abgeordneter
Orgaß
- Wann hat der Bundeswirtschaftsministers die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Zehnerkonferenz nach Bonn eingeladen?
67. Abgeordneter
Orgaß
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung maßgeblicher Wirtschaftskreise und der Europaunion, daß die Zeit für erste Schritte zu einer Währungsunion der Europäischen Gemeinschaften gekommen ist?

68. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch Phasenverschiebung von Musterprüfungen in der Unterabteilung Sicherheitstechnik der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig eine Wettbewerbsgefährdung für deutsche Firmen auf dem Weltmarkt befürchtet wird?
69. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einem Arbeitsanstieg von rund 300 Prozent in den letzten drei Jahren in der Unterabteilung Sicherheitstechnik von 45 angeforderten Mitarbeitern nur drei bewilligt wurden und dadurch Gefahr besteht, daß der Arbeitsanfall — im letzten Jahr 4000 Baumeisterprüfungen — nicht mehr bewältigt werden und schließlich die Sorgfältigkeit der Prüfungen nachlassen kann?
70. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die völlig ungenügende personelle und räumliche Ausstattung der Unterabteilung Sicherheitstechnik der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig zu beseitigen?
71. Abgeordneter
Bühler
- Ich frage die Bundesregierung, ob nach ihrer Meinung das Verfahren der Zulassung von Privatdedektiven durch die Länder befriedigend geordnet ist?
72. Abgeordneter
Dr. Müller
(München)
- Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, daß aus der Bundesrepublik Deutschland Material, das zur Herstellung von Raketen verwendet werden kann, in die Volksrepublik China geliefert wird?
73. Abgeordneter
Weigl
- Sind die in den Vorschlägen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik vom 26. September 1968 genannten Informationsstellen als bundeseigene Mittel- oder Unterbehörden gedacht?
74. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, zusätzliche Maßnahmen der regionalen und sektoralen Wirtschaftsförderung für die niederbayerischen-oberpfälzischen Grenzgebiete angesichts folgender Arbeitslosenzahlen zum 31. Dezember 1968 im
- | | |
|-------------------------------------|-------|
| Landkreis Wolfstein | 26,9% |
| Landkreis Kötzing | 24,1% |
| Landkreis Viechtach | 23,0% |
| Landkreis Waldmünchen | 18,1% |
| Landkreis Cham | 14,4% |
| Landkreis Grafenau | 13,2% |
| Landkreis Wegscheid | 13,2% |
| Landkreis Regen | 12,2% |
| Stadt- und Landkreis Deggendorf . . | 7,9% |
- zu ergreifen?

75. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)** Wann ist im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung mit der Verabschiedung eines Aktionsprogrammes „Ostbayern“ zu rechnen?
76. Abgeordneter **Zebisch** Inwieweit sind die angekündigten regionalen Aktionsprogramme für Nord- und Ostbayern bereits fertiggestellt?
77. Abgeordneter **Zebisch** Stimmen Meldungen, daß die bayerische Staatsregierung mit ihren Vorschlägen zu den einzelnen Aktionsprogrammen noch in Verzug ist, weil ihr der mit den Aktionsprogrammen verbundene Einfluß des Bundes auf die Regionalpolitik nicht gerechtfertigt erscheint?
78. Abgeordneter **Zebisch** Hat das vor Weihnachten angekündigte Strukturgutachten für den nordostbayerischen Raum bereits dazu geführt, Schwerpunkte für die Förderung des Fremdenverkehrs festzulegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

79. Abgeordnete **Frau Blohm** Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß für Steuerzahler und Verbraucher die steigenden Kosten für die EWG-Landwirtschaftspolitik nur dann erträglich sind, wenn — wie dieses offenbar dem Wunsch der Kommission entspricht — diese Mittel verstärkt für eine überstaatliche Agrarstrukturpolitik statt für die Subventionierung einer wachsenden landwirtschaftlichen Überproduktion eingesetzt werden?
80. Abgeordneter **Ertl** Muß aus dem Rat des Bundesernährungsministers, jeder junge Bauer solle vor Aufnahme seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit zunächst einen anderen Beruf erlernen, geschlossen werden, daß in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt keine bäuerliche Landwirtschaft mehr betrieben werden soll?
81. Abgeordneter **Ertl** In welchem Alter könnten diese jungen Bauern nach landwirtschaftlicher Ausbildung, Lehrzeit in einem weiteren Beruf und Ableistung des Wehrdienstes am Erwerbsleben teilnehmen?
82. Abgeordneter **Dröscher** Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die in dem Artikel der FAZ vom 20. Dezember 1968 unter der Überschrift „Noch

ist Fusionsbereiten der Weg versperrt“ geschilderte Tatsache, daß für solche landwirtschaftlichen Betriebe ein Ausschluß von jeglicher Förderung aus dem Grünen Plan gegeben ist und damit eine echte wirtschaftliche Benachteiligung erfolgt, im Sinne einer Gleichbehandlung auszugleichen?

83. Abgeordneter
Weigl

Kann die Bundesregierung Auskunft geben über die Zahl der in den letzten Jahren von den landwirtschaftlichen Alterskassen abgelehnten Anträge auf Gewährung von Altersgeld, vor allem über die Zahl der abgelehnten Anträge von Kleinlandwirten, die teilweise ein Leben lang ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der Landwirtschaft bestritten haben, und die heute kein Altersgeld erhalten können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

84. Abgeordneter
Geisenhofer

Wie beurteilt die Bundesregierung die jetzige gesetzliche Regelung, die bei Kurzarbeit eines Arbeiters und der dadurch verursachten Lohnminderung auch noch dessen Rente schmälert, während derjenige Arbeiter, der völlig arbeitslos ist, diese Zeit voll als Ausfallzeit in der Sozialversicherung honoriert erhält?

85. Abgeordneter
Geisenhofer

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diesen Zustand zu beseitigen?

86. Abgeordneter
Geisenhofer

Wird die Bundesregierung Maßnahmen zur Beseitigung der Härten ergreifen, die darin bestehen, daß Rentenantragsteller während der Zeit des Rentenverfahrens ca. 40 DM Rentenkrankenkassenbeitrag voraus entrichten müssen (monatlich) und diesen oft mehrere Monate lang entrichteten Beitrag nicht mehr zurückerhalten, wenn die Berufsunfähigkeitsrente abgelehnt wird oder wenn der Versicherungsfall erst einige Monate nach der Antragstellung eintritt?

87. Abgeordneter
Maucher

Wieviel Anträge auf Kapitalisierung der Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz sind bis zum letzt überschaubaren Termin 1968 gestellt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

88. Abgeordneter
Maucher

Wieviel Anträge sind abgelehnt worden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

89. Abgeordneter **Mick** Trifft es zu, daß von den Bindungsermächtigungen bei Kap. 11 10 Titel 300 im Rechnungsjahr 1967 zu Lasten des Rechnungsjahres 1968 in Höhe von 20 Millionen DM nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht wurde? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
90. Abgeordneter **Mick** Liegt das bejahendenfalls etwa daran, daß die Versorgungsbehörden mit den Bindungsermächtigungen nichts Rechtes anzufangen wissen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
91. Abgeordneter **Mick** Hält es die Bundesregierung für notwendig, nachdem für das Jahr 1969 30 Millionen DM Bindungsermächtigungen in den Haushalt aufgenommen wurden, die Versorgungsämter auf diese Möglichkeiten ganz besonders hinzuweisen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

92. Abgeordneter **Rollmann** Was wird die Bundesregierung tun, um die Vollendung der Europäischen Wirtschaftsunion in Übereinstimmung mit Wortlaut und Geist der Römischen Verträge zu sichern?
93. Abgeordneter **Dr. Schmid-Burgk** Ist die Bundesregierung bereit, gegen eine Verfälschung des überstaatlichen Charakters der Europäischen Gemeinschaften durch intergouvernementale Verwaltungsausschüsse und für eine Entwicklung in Richtung auf verstärkte parlamentarische Verantwortlichkeit der Europäischen Kommission einzutreten?
94. Abgeordneter **Dr. Schmid-Burgk** Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die laut Artikel 138 des EWG-Vertrages vorgesehene und vom Europäischen Parlament beschlossene direkte Wahl europäischer Abgeordneter bis zum Ende der Übergangszeit zu verwirklichen?
95. Abgeordneter **Rollmann** Ist es richtig, daß Staatssekretär Lahr gegen den Widerstand der Europäischen Kommission sowie der Vertreter Belgiens, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande gemeinsam mit dem Vertreter der französischen Regierung für eine Einschränkung der Verhandlungsvollmachten der überstaatlichen Kommission bei den Verhandlungen mit der Türkei eingetreten ist?

96. Abgeordneter
Dr. Schmid-Burgk
Aus welchem Grunde hat die Bundesregierung auf Ausklammerung der Osthandelspolitik bei der Verabschiedung der Verordnungen Nr. 2041/68, 2043/68 und 2045/68 zur gemeinsamen Außenhandelspolitik der Europäischen Gemeinschaften bestanden?
97. Abgeordneter
Dr. Häfele
Was hat die Bundesregierung in den letzten Jahren unternommen, um den in Gaeta (Italien) festgehaltenen ehemaligen Oberstleutnant Herbert Kappler freizubekommen?
98. Abgeordneter
Dr. Häfele
Ist die Bundesregierung bereit, bei der italienischen Regierung einen Vorstoß zu unternehmen, daß der heute 61 Jahre alte seit 1947 auf Grund eines Urteils eines italienischen Militärgerichts festgehaltene ehemalige Oberstleutnant Herbert Kappler begnadigt wird?
99. Abgeordneter
Dr. Häfele
Wird die Bundesregierung der italienischen Regierung nahebringen, daß eine Begnadigung von Herbert Kappler ein Zeichen wäre, das die italienisch-deutsche Freundschaft festigen könnte?
100. Abgeordneter
Weigl
Wann wird die Bundesrepublik Deutschland von der durch die Sowjetunion zugesicherten Möglichkeit Gebrauch machen, in Moskau eine Zeitschrift herauszugeben, die — etwa analog zu „Die Sowjetunion heute“ — von interessierten Persönlichkeiten in der Sowjetunion bezogen werden kann?
101. Abgeordneter
Flämig
Treffen Pressemeldungen zu, wonach sich die französische Regierung weigert, Verhandlungen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien über ein Kontrollabkommen nach dem Atomwaffensperrvertrag zuzustimmen, solange nicht alle fünf anderen Euratom-Mitgliedstaaten den Nichtweiterverbreiterungsvertrag unterzeichnet haben?
102. Abgeordneter
Flämig
Bis wann ist nach Ansicht der Bundesregierung mit der Aufnahme der Verhandlungen über ein Verifikationsabkommen zwischen Euratom und der Internationalen Atomenergie-Organisation zu rechnen?
103. Abgeordneter
Bauer (Würzburg)
Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das Europäische Übereinkommen über Reisen Jugendlicher mit Sammelpässen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates von 1961, das inzwischen in 15 Mitgliedstaaten in Kraft getreten ist, nicht unterzeichnet?

104. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach die CSSR ein Einreiseverbot für Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland und westlichen Ländern verhängt haben soll?

Bonn, den 17. Januar 1969

Mündliche Anfragen

**gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Januar 1969
am Donnerstag, dem 23. Januar 1969
am Freitag, dem 24. Januar 1969**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Abgeordneter Dr. Hudak | Gibt es Möglichkeiten für die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß der Schriftsteller Günter Grass künftig nicht mehr die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied des Kunstausschusses des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele 1972 vertritt, nachdem das Oberlandesgericht in München in einem Prozeß den gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf bestätigt hat, „Verfasser übelster pornographischer Darstellungen und Verunglimpfungen der katholischen Kirche“ zu sein? |
|-------------------------------------|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 2. Abgeordneter Härzschel | Kann in absehbarer Zeit der Bau der „zollfreien Straße“ zwischen Lörrach und Weil (Rhein) erwartet werden? |
| 3. Abgeordneter Härzschel | Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um zu einer baldigen Einigung mit der Schweiz über dieses lang anstehende Problem zu kommen? |
| 4. Abgeordneter Härzschel | Wann ist mit der Abnahme der Bundesautobahn bei Weil (Rhein) durch die Schweiz zu rechnen und zu welchem Ergebnis haben die bisherigen Verhandlungen über diese Frage geführt? |

Bonn, den 20. Januar 1969